



## **Niederschrift zur 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Dienstag, den 04.05.2021  
**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:53 Uhr  
**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wündorf, Mehrzweckraum, Am Bürgerhaus 1,  
15806 Zossen, Ortsteil Wündorf**

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Thomas Czesky

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Thomas Blanke

Herr Wilfried Käthe

Frau Janine Küchenmeister

Frau Martina Leisten

Herr Steffen Sloty

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Joachim Büder

Herr Jens Kaehlert

#### **Bürgermeisterin**

Frau Wiebke Schwarzweller

#### **Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

#### **Gäste**

Gäste

SV Reimer, Wollgramm und Schulz - online  
SV Christ anwesend

### **Es fehlen:**

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Walter Kosack

entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden
5. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 11.03.2021
6. Bericht aus der Verwaltung
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
9. Beratung von Beschlussvorlagen
- 9.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft und Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2019  
Vorlage: 004/21
- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 24.02.2021, eingegangen in der Stadt Zossen am 02.03.2021: Städtebauliche Folgekostenverträge  
Vorlage: 047/21

10. Diskussion und Beratung zur Änderung der Kitasatzung
11. Beratung zum weiteren Verfahren zur Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadt Zossen
12. Beratung zum Thema Rederecht für Bürger außerhalb der Einwohnerfragestunde
13. Beratung zum Thema Durchführung von Videositzungen bzw. Präsenzsitzungen mit Livestream
14. Beratung zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Zossen

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Czesky, um 18:35 Uhr eröffnet.

### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass alle sechs stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig. Die Stadtverordneten Herr Reimer, Herr Schulz und Herr Wollgramm sind der Sitzung online zugeschaltet.

### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden werden keine Einwände gegen die vorliegende Tagesordnung erhoben. Änderungsanträge liegen ebenfalls nicht vor. Herr Czesky erklärt, dass die Tagesordnung damit angenommen ist.

### **zu 4 Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden**

Herr Czesky bittet die anwesenden Ausschussmitglieder um Nennung von Wahlvorschlägen.

Herr Czesky selbst schlägt Herrn Käthe vor.

Frau Leisten schlägt Frau Küchenmeister vor. Herr Blanke schließt sich diesem Vorschlag an.

Frau Küchenmeister schlägt Herrn Blanke vor.

Alle drei Kandidaten erklären auf Nachfrage des Vorsitzenden ihre Bereitschaft zur Kandidatur.

Frau Leisten bittet Frau Schwarzweller oder Herrn Czesky um Erklärung des Prozedere.

Herr Czesky erklärt, dass gleiche Stimmzettel mit allen drei Vorschlägen vorbereitet werden. Jeder kann nur ein Kreuz machen. Es gibt keine Nein- und keine Enthaltungskreuze.

Frau Leisten und Herr Christ bilden die Wahlkommission und vergewissern sich, dass die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Herr Christ versichert sich, dass die Wahlurne leer ist.

Gleiche Stimmzettel werden von der Verwaltung vorbereitet und von Frau Leisten überwacht.

Der Vorsitzende ruft alle stimmberechtigten Ausschussmitglieder einzeln nacheinander zur geheimen Wahl auf.

Der Wahlvorgang wird von Frau Leisten und Herrn Christ überwacht.

Nach Schließung des Wahlvorgangs zählen Frau Leisten und Herr Christ die Stimmzettel aus.

Frau Leisten gibt das folgende Ergebnis bekannt:

Herr Käthe	3 Stimmen
Frau Küchenmeister	2 Stimmen
Herr Blanke	1 Stimme

Frau Leisten und Herr Czesky erklären, dass Herr Käthe die Wahl zum stellv. Ausschussvorsitzenden gewonnen hat.

Herr Käthe nimmt auf Nachfrage die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

**zu 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 11.03.2021**

Es liegen keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

**zu 6 Bericht aus der Verwaltung**

- kein Bericht

**zu 7 Einwohnerfragestunde**

Herr J., OV Horstfelde:

- Glückwunsch an Herrn Käthe
- bittet den RSO um Beschäftigung mit zwei Themen: Wie wird mit seinen Daten umgegangen?
- Umgang mit dem Rederecht für Ortsvorsteher. Wie wird weiter damit verfahren?

Frau Schwarzweller:

Die Daten werden erfasst, um im Fall einer auftretenden Infektion und zur Nachverfolgung der Infektionsketten diese an das zuständige Gesundheitsamt weitergeben zu können. Die ausgefüllten Zettel werden in verschlossenen Umschlägen aufbewahrt und nach vorgegebener Frist vernichtet.

Über den Umgang mit dem Rederecht für Ortsvorsteher wurde der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung informiert.

Herr J., OV Horstfelde:

Wie achtlos wird mit meinen Daten umgegangen? Er habe mehrmals gesehen, wie die Kiste (Wahlurne) alleine im Raum stand.

Herr Czesky:

Ich bin für ein Rederecht der Ortsvorsteher. Ich bin aber nicht der Vorsitzende der SVV. Im Zweifelsfall muss man das abstimmen. Wichtig ist, dass es sich um sachliche Redebeiträge handelt.

Ihre persönlichen Daten zur Kontaktnachverfolgung müssen natürlich geschützt sein. Ich werde mir das nachher ansehen.

Herr B., OV Schünow:

Warum haben wir vor einem halben Jahr Tempo-30-km/h-Zonen beschlossen? Nachfragen beim Landkreis haben die Aussage ergeben, dass wir diese vergessen können. Was ist mit den Tempo-30-Schildern? Sind die bestellt?

Frau Schwarzweller:

Wir bestellten die Schilder, wenn wir Aussicht auf Bewilligung haben. Ein Schild „Freiwillig 30 km/h“ ist eine Möglichkeit. Eine Verkehrszählung böte eine Möglichkeit zu gucken, wie viele Bürger betroffen sind.

Bürgerin 1:

Aufforderung an die Ausschussmitglieder: Schauen Sie in die Kommunalverfassung. Wer im 1. Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint hat die Wahl für sich entschieden. Drei von sechs ist nicht die Mehrheit.

Zum Rederecht für die Ortsvorsteher schauen Sie bitte auch in die Kommunalverfassung. Es gibt ein gesetzliches Rederecht für Ortsvorsteher zu allen Belangen seines Ortsteils reden zu können. Die Bürgerin wünscht sich von allen Mitgliedern des Rechtsausschusses, dass sie eingreifen, wenn Rechte der Ortsvorsteher verletzt werden.

Dachstuhlbrand in Wünsdorf: Frau Schwarzweller hatte auf die Ausführungen von Herrn Leisten auf dem BBW geantwortet, dass es kein Löschwasser gab. Das stimmt nicht. Die Drehleiter von Wünsdorf war nicht einsatzfähig, daher ist dieser Voldachstuhlbrand ausgebrochen. Seit wann war die Drehleiter kaputt? Wann hat die Feuerwehr das gemeldet? Wann wurde der Reparaturauftrag ausgelöst? Ist Ihnen klar, dass Sie verdammtes Glück gehabt haben, dass es nur ein Sachschaden war und kein Menschenleben riskiert wurde?

Frau Schwarzweller:

Ich sagte im BBW, dass es keinen Löschwasserbrunnen gab. Es gibt in Zossen mehrere B-Pläne, in denen keine Löschwasserbrunnen eingezeichnet wurden. Was den Einsatz der Fahrzeuge betrifft, sind wir dafür verantwortlich, dass diese einsatzfähig sind. Mir ist es möglich gewesen, ein neues Drehleiterfahrzeug zu beschaffen.

Herr Sloty:

Es ist ein Nächst Neuendorfer Bürger an ihn herangetreten, der wissen wollte, auf welcher rechtlichen Grundlage der Wulzenweg und der Blumenweg getrennt wurden.

Herr Czesky berichtet, dass es eine Vorort-Begehung gegeben hat. Es handelt sich bei dem Gebiet um ein sehr altes Baugebiet. Die Stadt hat das alles zu alten Zeiten so wie vorhanden übernommen. Die Straßen waren dabei nicht ausgebaut. Es gibt im Ort zwei Parteien. Einmal die Bewohner vom Blumenweg und einmal die Bürger aus An den Wulzen. Es wird sich um eine Lösung bemüht.

Frau Leisten:

Wann wird das Schild bei der Freifläche in Kallinchen kommen? Es gab den Fall, dass dort eine Familie aus Berlin kam und im Wäldchen einen Grill rausholte und Hamburger grillte. Die Familie wurde darauf hingewiesen, dass Grillen im Wald verboten ist. Sie habe das Ordnungsamt informiert. Das Schild werde ganz dringend gebraucht. Sie wollten prüfen, ob Bürger auch „Ermahnungszettel“ verteilen dürfen.

Zum Thema Dachstuhlbrand hatten Sie auf dem BBW angeboten, den Wehrleiter zu einer Sitzung einzuladen.

Frau Schwarzweller:

Wir können sehr gerne die Stadtwehrführung zu einer Sitzung einladen, die für die Koordination der einzelnen Einsätze zuständig ist.

Das Thema Schild muss ich überprüfen. Es ist in Arbeit, ich muss aber nachfragen, wie der Stand ist.

Der Vorgang, dass Bürger abmahnen dürfen ist sehr kompliziert und erfordert genaue Prüfungen.

Frau Leisten:

Die Ortsvorsteher haben in der SVV ein Rederecht egal zu welchem Tagesordnungspunkt. Wir müssen die Bürger anhören. Die Ortsvorsteher erst recht.

Frau Schwarzweller:

Es gibt einen Unterschied zwischen Anhören, Fragenstellen und Polemik verbreiten.

Wenn die Fragen den Charakter eines Verhörs annehmen, muss ich mir das nicht gefallen lassen. Jeder Ortsvorsteher kann bei mir kurzfristig einen Termin bekommen. Jedem Ortsvorsteher steht es frei, mit meinen Fachmitarbeitern zu sprechen. Wenn die Fragen einen Themenkomplex betreffen, wäre es schön, wenn man diese in der Verwaltung bespricht. So umgeht man, dass auf einer Sitzung keine Aussage getroffen werden kann. Ich schicke auf Wunsch auch kompetente Mitarbeiter in die Ortsbeiräte.

Herr Käthe:

Übergabetermin neue Schule: Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Verwaltung eine Begehung mit allen Stadtverordneten organisieren könnte, damit wir sehen, was da ist. Was ist mit der Ausstattung usw.? Mir erschließen sich von außen manche Dinge nicht. Wir müssen gemeinsam eine Lösung finden.

Winterschäden: Wer ist in der Verwaltung Ansprechpartner für Winterschäden? Oder ist extern jemand zuständig? Das Ordnungsamt, der Bauhof und die Ortsvorsteher sind ständig unterwegs. Bitte geben Sie allen Beteiligten eine Frist, innerhalb welcher die Winterschäden gemeldet werden.

Frau Schwarzweller:

Wir sind eine große Stadt mit sehr vielen Einwohnern und zu wenig Personal. Wenn jahrelang nicht in Infrastruktur investiert wurde, nehmen die Schäden zu.

Wir können sehr gerne einen Besichtigungstermin für die Schule vereinbaren. Wir organisieren das ab Montag.

Frau Küchenmeister:

Thema Rederecht Ortsvorsteher: Wir sprechen noch über die Änderung der Geschäftsordnung und das Rederecht. Das Kommunalrecht des Landes Brandenburg ist da eindeutig. Ein Ortsvorsteher hat ein Rederecht. Er darf sogar im nichtöffentlichen Teil bleiben, wenn ein Tagesordnungspunkt seinen Ortsteil betrifft. Die Hauptverwaltungsbeamtin muss das Rederecht gegenüber dem Vorsitzenden durchsetzen, wenn dieser einem Irrtum unterliegt.

Wie weit ist die Verwaltung nach dem Besichtigungstermin am 13.04. mit den Lösungsvorschlägen zum Thema An den Wulzen/Blumenweg fortgeschritten? Was wollen wir den Leuten von An den Wulzen und dem Blumenweg sagen?

Frau Schwarzweller:

Die Gespräche laufen. Es gibt den ein oder anderen Schriftverkehr. Sobald belastbare Varianten vorliegen, werde ich diese dem Ortsbeirat zur Verfügung stellen. Sobald da ein Konsens vorliegt, werde ich die SVV informieren.

Thema Kassenkredit: Die Feuerwehr 2. Bauabschnitt wird dummerweise über den Kassenkredit finanziert werden müssen. Wir werden den Königsgraben unter der Voraussetzung, dass Fördermittel kommen, über einen Investitionskredit finanzieren.

Ausstattung der neuen Gesamtschule: Der Markt ist sehr rar, was die IT betrifft. Wir arbeiten weiter an dem Thema.

Rederecht für Ortsvorsteher: Wenn diese ein Rederecht anmelden, müssten sie das mit einer Art Topping machen, um zu signalisieren, um was es geht.

Frau Küchenmeister:

Bitte setzen sie das auch bei Herrn Kühnapfel so durch.

Der Investitionskredit wurde vom Landkreis nicht genehmigt?

Frau Schwarzweller:

Nein, wir wollen einen Investitionskredit aufnehmen. Es wurde gesagt, dass dadurch, dass die Baumaßnahme soweit fortgeschritten ist, ein Investitionskredit nicht mehr möglich sei. Die Maßnahme hatte schon begonnen, als wir noch nicht in der Haushaltssicherung waren.

Frau Küchenmeister:

Ein Kassenkredit ist nur für kurzfristige Überbrückungen da. Bitte explizierte Fragen an den Landkreis stellen.

Herr Blanke:

1. Ich möchte als RSO keine unrichtige Wahl durchführen.
2. Anfrage eines Fraktionsmitgliedes: Da wir in der Stadt sehr engagiert zu Erbbaupachtverträgen kommen, gibt es da Standardverträge? Was ist der Vorteil? Was ist der Nachteil? Was ist der Gedanke dahinter, das Erbbaupachtrecht als neue Form des Grundstücksrechts zu nutzen?
3. Kritik an heutiger Veranstaltung: Hätte mir gewünscht, mit der Einladung alle Unterlagen zu bekommen. Ich möchte eine Chance haben, mich auf die Sitzung ordentlich vorzubereiten. Ich bin aufgrund meiner Ausbildung in der Lage Sachverhalte schneller zu erfassen als manch ein anderer.
4. Ich habe darum gebeten, die Kritik des Landkreises zur Berufung der Sakus vorgelegt zu bekommen. Ich weiß nicht, ob die Sakus alle rechtmäßig berufen wurden. Sie haben überhaupt keinen Grund, das Schreiben nicht vorzulegen. Ich beanspruche das in jedem ihrer Ausschüsse.

Frau Schwarzweller:

Wir können ihrem hohen Anspruch nicht gerecht werden. Wir können nicht jede Unterlage 5 Tage vorher versenden. Ich habe auf der SVV gesagt, dass sie jederzeit Akteneinsicht beantragen können. Ich habe aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht zitiert. Sie haben einen aktiven Sprecherrat. Sie müssen auch eine Fraktionsarbeit machen. Sie bekommen Informationen, die aus meiner Sicht für Ihre Entscheidungsfindung notwendig sind. Wir werden nicht jedes Schreiben, was zwischen mir und der Kommunalaufsicht hin und her gereicht wird, bekommen.

Herr Kaehlert:

Feedback zu der Parkplatzsituation an der Kia Bummi: Wir hatten besprochen, dass ein Vor-Ort-Termin stattfinden soll. Frau Schwarzweller ist dem nachgekommen und hat dazu eingeladen. Die Situation wurde konstruktiv hinterfragt. Dafür bedanke ich mich. Die Verwaltung hat sich unsere Ideen mit der Bitte diese rechtlich prüfen zu können, angehört. Darüber hinaus möchte ich, dass bei Gelegenheit auch Transparenz im Kitausschuss geschaffen wird. Wenn es einen neuen Sachstand gibt, würde ich diesen auch gerne im Ortsbeirat Zossen ausführen, wenn ich dort ein Rederecht bekomme. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, dass die Verwaltung etwas im Selbstlauf verabredet. Wir wollen das im Kitausschuss besprechen und durch eine Beschlussvorlage in der SVV zu einem Ergebnis kommen. Ich hatte Frau Schwarzweller gebeten, erst dann etwas zu kommunizieren bzw. zu berichten, wenn Ergebnisse vorliegen.

Herr Sloty:

Wie verhält es sich mit Vertretern der Stadt bei den Kitausschüssen derzeit?

Frau Schwarzweller:

Ich versuche als Bürgermeisterin immer daran teilzunehmen. Sonst gibt es eine Mitarbeiterin aus dem Schulamt, die dort vertreten ist.

Frau Küchenmeister:

Die Änderung der Geschäftsordnung habe ich als ehemalige Vorsitzende des Ausschusses an mich genommen. Ich wollte das erst einmal über die Verwaltung laufen lassen. Wir reden heute das erste Mal darüber, was zukünftig noch besprochen wird.

Bitte an die Verwaltung: Eine offizielle juristische Rechtsanfrage auszulösen, inwieweit sich das in Erbbaurechtsverträgen verbriefte Vorkaufsrecht ausgestaltet. Bitte richten Sie diese offizielle rechtsanfrage an das entsprechende Gremium im Hause. Was passiert, wenn ein vereinbartes Vorkaufsrecht auch wirklich ausgeübt wird?

Frau Schwarzweller:

Bei allen Verträgen habe ich darauf geachtet, dass die SVV mir den Auftrag gibt, diesen auszulösen oder auch nicht. Die Investoren werden darauf auch hingewiesen.

Der Ausschussvorsitzende beruft um 19:53 Uhr eine Pause ein. Es soll gelüftet werden und die Ausschussmitglieder sollen sich darüber beraten, wie der zuvor nicht richtig ausgeführte Wahlvorgang geheilt werden kann.

Ab 20:03 Uhr setzt Herr Czesky die Sitzung fort.

Herr Czesky bedankt sich bei der Bürgerin für den Hinweis auf die nicht korrekt zu Ende geführte Wahl und möchte diese korrigieren.

Alle Ausschussmitglieder sind damit einverstanden. Gleiche Stimmzettel werden von der Verwaltung vorbereitet. Die Kandidaten Küchenmeister und Käthe, auf die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen entfallen sind, sind erneut bereit zu kandidieren.

Frau Leisten und Herr Christ überzeugen sich von der Richtigkeit der Stimmzettel und davon, dass die Urne leer ist. Herr Czesky fordert die Ausschussmitglieder nacheinander zur Abgabe ihrer Stimmen in geheimer Wahl auf und weist darauf hin, dass bei gleicher Stimmanzahl das Los entscheidet.

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder nacheinander namentlich zur Stimmabgabe an die Wahlurne. Der anwesende Mitarbeiter des Ordnungsamtes weist darauf hin, dass die Maske beim Gang zur Wahlurne zu tragen sei.

Nachdem der Wahlvorgang abgeschlossen ist, gibt Frau Leisten das Ergebnis bekannt:

Herr Käthe	3 Stimmen
Frau Küchenmeister	3 Stimmen

Herr Czesky erklärt, dass gemäß § 40 BbgKVerf das Los in diesem Fall entscheidet.

Frau Küchenmeister ergreift das Wort und erklärt, dass das Losverfahren nicht benötigt werde, sie ziehe ihre Kandidatur zurück.

Herr Käthe erklärt auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass er die Wahl annehme.

Frau Schwarzweller nimmt Bezug auf die in der Einwohnerfragestunde durch eine Bürgerin hervorgebrachten Vorwürfe hinsichtlich der defekten Drehleiter der Feuerwehr Wünsdorf und berichtet, dass die Drehleiter am 12.04. bei einem Einsatz kaputt gegangen sei. Eine Menschenrettung wäre jedoch zu jeder Zeit möglich gewesen. Die Reparatur ist beauftragt. Man habe eine Ersatzdrehleiter bekommen. Die Feuerwehr war jederzeit einsatzfähig.

## zu 9 **Beratung von Beschlussvorlagen**

### zu 9.1 **Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft und Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2019** Vorlage: 004/21

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft (ZWG) mit einer Bilanz-*

summe von 12.767.741,20 € und einem Jahresüberschuss von 75.980,28 €.

Der Geschäftsführung der Zossener Wohnungsbaugesellschaft wird für das Kalenderjahr 2019 Entlastung erteilt.

Frau Schwarzweller berichtet, dass die ZWG die Heilung des Beschlusses nachgeholt habe. Es wurden alle Aufsichtsratsmitglieder eingeladen. Der Beschluss wurde in Kopie auf die Tische der Ausschussmitglieder verteilt und ist dem Urprotokoll als Anlage beigelegt.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 24.02.2021, eingegangen in der Stadt Zossen am 02.03.2021: Städtebauliche Folgekostenverträge  
Vorlage: 047/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

- 1. Ab sofort macht die Stadt Zossen Folgekosten vertraglich mit Investoren/Vorhabenträger von B-Plänen in städtebaulichen Verträgen (Folgekostenverträge) geltend, die laut BauGB § 11 nur als Kann-Bestimmung geregelt sind.*
- 2. Durch die Stadtverordnetenversammlung können in begründeten Einzelfällen Ausnahmen beschlossen werden.*

Frau Schwarzweller erklärt, dass die Verwaltung dem Antrag zustimmen könne, den Antragreicher jedoch darum bitte, den Beschlusstext in Ziffer 1 wie folgt zu ändern:

- 4. Ab sofort macht die Stadt Zossen Folgekosten vertraglich mit Investoren/Vorhabenträger von B-Plänen in städtebaulichen Verträgen (Folgekostenverträge) geltend, **soweit darin nicht Leistungsbestandteile aufgeführt werden, die der andere Vertragspartner nicht ohnehin einen Anspruch hat.** ~~die laut BauGB § 11 nur als Kann-Bestimmung geregelt sind.~~*

Herr Sloty erklärt als Einreicher des Antrages sein Einverständnis zu dieser Ergänzung/Änderung.

Frau Küchenmeister äußert Bedenken, weil ihr die Tragweite des Antrages nicht klar sei.

Herr Blanke gibt zu bedenken, dass einige Formulierungen juristisch fragwürdig seien. So sei die Formulierung „ab sofort“ ein unbestimmter Rechtsbegriff. Es sei zu entscheiden, was sind Folgekosten, was bedeutet ein städtebaulicher Vertrag?

Frau Schwarzweller macht deutlich, dass es sich bei dem Antrag um eine Art Absichtserklärung handele. Es sei eine Aufforderung an sie, die Folgekosten im Vertrag zu regeln und den Investor zu bewegen, diese Folgekosten zu tragen. Der § 11 BauGB regelt dies nicht in Gänze.

Frau Küchenmeister bittet den Einreicher des Antrages diesen bis zur Stadtverordnetenversammlung rechtssicher zu ändern und per Mail an alle Stadtverordneten zu versenden.

Frau Schwarzweller fasst die Beratung wie folgt zusammen: Die Verwaltung setzt sich mit dem Antragseinreicher ins Benehmen. Es wird geschaut, dass die Überarbeitung im nächsten RSO noch einmal beraten wird. Der Antrag würde dann auf die Stadtverordnetenversammlung im Juni kommen.

Herr Sloty erklärt sich als Einreicher des Antrages mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Der Vorsitzende bestätigt, dass der Antrag damit vertagt ist.

**zu 10 Diskussion und Beratung zur Änderung der Kitasatzung**

Die Ausschussmitglieder erhielten vor der Sitzung den aktuell überarbeiteten Entwurf der Kitasatzung sowie die im Folgenden von Frau Schwarzweller vorgestellte Präsentation auf die Tische. Die Unterlagen sind dem Urprotokoll beigelegt.

Die von Frau Schwarzweller gezeigte Präsentation umfasst folgende Punkte:

- Rechtssicherheit nicht mehr gegeben
- Änderung von Zuständigkeiten
- Änderung Einkommensermittlung
- uvm.

Herr Czesky unterbricht die Sitzung um 20:54 Uhr für eine Lüftungspause. Ab 21:00 Uhr wird die Sitzung fortgeführt.

Herr Sloty möchte wissen, ob die Änderung der Kitasatzung Auswirkungen auf die Elternbeiträge habe. Dies wird von Frau Schwarzweller verneint.

Die Änderung der Kitasatzung werde erforderlich, um alle seit 2006 geltenden gesetzlichen Änderungen zu berücksichtigen. Das Essensgeld sei nicht wirtschaftlich. Die Tabelle zur Bemessung der Elternbeiträge werde nicht angefasst.

Die folgenden Thematiken werden durch die Ausschussmitglieder erörtert:

- Wunschkita
- Eingewöhnungszeit
- Berechnung der Kitagebühren

Herr Blanke empfiehlt einen gemeinsamen Ausschuss RSO und SJBS zu diesem Thema. Außerdem fehle ihm eine synoptische Darstellung zwischen alter und neuer Satzung. Er könne beide Entwürfe nicht vergleichen.

Frau Schwarzweller hatte diese Gegenüberstellung bereits in ihrer allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellten Präsentation erörtert.

Herr Czesky fasst zusammen, dass der Beratungspunkt noch einmal im RSO besprochen werden wird.

#### **zu 11      Beratung zum weiteren Verfahren zur Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadt Zossen**

Eine entsprechende Präsentation wurde an die Ausschussmitglieder verteilt und wird durch Frau Schwarzweller erläutert.

Die Präsentation ist dem Urprotokoll als Anlage beigefügt.

Insbesondere berichtet Frau Schwarzweller noch einmal von dem Schreiben der Kommunalaufsicht, in welchem diese darauf hinweist, dass durch die en bloc-Abstimmung auch der vom Finanzausschuss nicht empfohlene sachkundige Einwohner Ulrich Böhme gewählt wurde. Herr Böhme hätte laut Kommunalaufsicht in den Finanzausschuss berufen werden müssen, obwohl dies nicht dem Willen des Finanzausschusses entsprach. Da es sich bei den sachkundigen Einwohnern um eine beratende Funktion handelt, habe es keine rechtlichen Folgen, dass Herr Böhme nicht zu den Sitzungen des Finanzausschusses eingeladen worden sei. Die Stadtverordneten können, um dem Willen des Finanzausschusses zu folgen, eine Teilaufhebung des Beschlusses Nr. 098/21 vornehmen. Alle anderen berufenen sachkundigen Einwohner seien demnach noch ordnungsgemäß berufen.

Herr Blanke gibt zu bedenken, dass der Finanzausschuss Herrn Böhme zwar abgelehnt hatte, die Stadtverordnetenversammlung aber anders entschieden habe. Er erinnert noch einmal daran, dass er wiederholt um Aushändigung des Schreibens der Kommunalaufsicht zu diesem Sachverhalt gebeten habe. Er brauche das Schreiben, um den Fall bewerten zu können.

Frau Schwarzweller weist Herrn Blanke darauf hin, dass sich die Frage, ob die anderen sachkundigen Einwohner als solche tätig sind, hier gar nicht stelle. Die Entscheidung, ob Herr Böhme wirklich beratendes Mitglied des Finanzausschusses sein sollte, obliege der Stadtverordnetenversammlung.

#### **zu 12      Beratung zum Thema Rederecht für Bürger außerhalb der Einwohnerfragestunde**

Frau Schwarzweller erklärt, dass wenn sich über ein Rederecht der Bürger außerhalb der Einwohnerfragestunde Gedanken gemacht werden soll, müsse auch die Geschäftsordnung angepasst werden. Es stehe jedem zu an entsprechender Stelle Fragen zu stellen.



Es wäre immer schön, wenn die Fragen oder wenigstens Themengebiete zuvor schriftlich bei der Verwaltung eingehen, damit diese sich darauf vorbereiten kann. Sie als Bürgermeisterin sehe momentan keinen Verbesserungsbedarf.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

**zu 13      Beratung zum Thema Durchführung von Videositzungen bzw. Präsenzsitzungen mit Livestream**

Frau Schwarzweller nimmt den Beratungspunkt mit der Begründung von der Tagesordnung, dass es im Sommer eine neue bzw. überarbeitete Kommunalverfassung geben werde. Es gebe bis zu Sommerpause nur noch einen Ausschussturnus. Wenn das Gesetz da sei, werde sich der Ausschuss mit dem Thema erneut befassen.

**zu 14      Beratung zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Zossen**

Die von Frau Küchenmeister vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung haben alle Ausschussmitglieder in schriftlicher Form erhalten. Frau Küchenmeister hat in der bestehenden Geschäftsordnung alle bisher gefassten Änderungsanträge mittels Kommentarfunktion nachvollziehbar dazu gefügt.

Frau Schwarzweller bedankt sich bei Frau Küchenmeister für ihre Mühe, äußert jedoch, dass sie zum Thema Einwohnerfragerecht eine andere Ansicht vertrete.

Während Frau Küchenmeister die von ihr vorgeschlagenen Änderungen erläutert, signalisiert Herr Blanke mittel Handzeichen einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er weist darauf hin, dass es 21:45 Uhr sei und die Sperrstunde beachtet werden müsse. Er bittet um Verschiebung des Beratungspunktes, da dieser nicht mehr abgearbeitet werden könne.

Herr Czesky fasst zusammen, dass alle die Geschäftsordnung mit Kommentaren haben. Diese Kommentare seien als Anregung gedacht.

Herr Blanke und Frau Küchenmeister wollen zusammen die Geschäftsordnung überarbeiten. Herr Czesky möchte sich diesbezüglich als Vorsitzender des Rechtsausschusses mit einbringen.

Herr Czesky schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:47 Uhr.

Thomas Czesky  
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich  
Protokollantin  
(07.05.2021)